Wortlaut der Petition

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, die Energiewendepolitik systemisch weiterzuentwickeln und das bisherige Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) mit seinen starren Flächenquoten durch einen gesetzlichen Rahmen zu ersetzen, der auf:
•technologieoffenen Ertragszielen,
•regional angepassten Lösungen,
•Ausbau von Speichern,
•Netzinfrastruktur,
•und einer koordinierten, ganzheitlichen Energieplanung

beruht.

Begründung

1. Die Energiewende ist ein integriertes System, das nur funktioniert, wenn:
•Erzeugung,
•Speicherung,
•Netze,
•Lastmanagement,
•Digitalisierung und Effizienz

aufeinander abgestimmt sind.

Das derzeitige WindBG betrachtet nur ein Element des Systems – die Fläche für Windenergie – und schreibt starre Prozentsätze vor.
Dadurch wird die Energiewende flächenfixiert, aber nicht systemgerecht.

Dies führt zu:
•Fehlplanungen,
•regionaler Ungerechtigkeit,
•unnötigen Konflikten
•und ineffizienter Energienutzung.

Gleichzeitig wird der dringend notwendige Ausbau von Speichern, Netzverstärkungen und regionaler Energieintegration nicht ausreichend berücksichtigt.

2. Abkehr vom starren Flächenziel

(1) Das WindBG soll dahingehend geändert werden, dass nicht die Fläche, sondern der tatsächliche Energiebeitrag einer Region maßgeblich ist.

Dies schafft Freiheit für Regionen, die bessere Erzeugungspotenziale in anderen Technologien haben.

(2) Einführung eines technologieoffenen, ertragsbasierten Zielsystems

Ein Ertragsziel bewertet das tatsächlich erzeugte oder systemdienliche Energieaufkommen – nicht die abstrakte Fläche.

(3) Systemische Energieplanung: Erzeugung + Speicher + Netze im Gleichklang

Der Bundestag möge gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die sicherstellen dass:
•Netzausbau, Erzeugungsausbau und Speicherausbau gemeinsam geplant werden,
•es klare Vorgaben für regionale Speicherverpflichtungen gibt,
•neue Wind- oder PV-Gebiete nur entwickelt werden, wenn die Netzinfrastruktur tragfähig ist,
•Investitionen in Speicher und Netze gleichrangig zum Ausbau der Erzeugung behandelt werden,
•Energieerzeugung gesetzlich als integriertes System betrachtet wird und nicht als isoliertes Flächenthema.

(4) Regionale Besonderheiten

In Regionen mit:
•Nationalparks,
•starkem Siedlungsdruck,
•wenig Windpotenzial,
•hoher Tourismuswirtschaft
•oder ausgeprägten Landschaftsschutzwerten

muss es möglich sein, die Energiewende technisch anders zu erfüllen als ausschließlich durch Windflächen.

(5) Stärkung der kommunalen Planungshoheit

Kommunen müssen echte Steuerungsmöglichkeiten erhalten – mit:
•regionalen Energieentwicklungsplänen,
•kommunaler Beteiligung,
•Bürgerakzeptanzmaßnahmen
•und flexiblen Technologien.

3. Eine moderne Energiewende kann nicht erfolgreich sein, wenn sie:
•die falschen Indikatoren setzt (Fläche statt Ertrag),
•andere Technologien benachteiligt,
•regionale Besonderheiten ignoriert
•und Netze + Speicher nicht mitdenkt.

Der Ausbau der Erneuerbaren ohne gleichzeitigen Ausbau von
- Speichern,
- Netzinfrastruktur,
- Systemintegration

führt zu Überlastungen, Abregelungen und ineffizienten Investitionen.

Nur eine technologieoffene, systemische Energiepolitik, die Ertrag, Effizienz, Netzstabilität und Speicher mitdenkt, kann:
•die Klimaziele erreichen,
•den ländlichen Raum entlasten,
•Akzeptanz schaffen,
•und Kosten für die Bürger niedrig halten.

Anregungen für die Forendiskussion

Wir brauchen jede Stimme! Bei 30 000 Stimmen in 6 Wochen werden wir als Petentinnen und Petenten in öffentlicher Ausschusssitzung angehört. Zeichnen Sie diese öffentliche Onlinepetition mit. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz muss reformiert werden. Die starren Flächenziele müssen weg. Wir wollen technologieoffene Ertragsziele und eine systemische Energieplanung, die Erzeugung, Speicherung und Netzinfrastruktur berücksichtigt. Was sagen Sie dazu?

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257